

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

WIE RESILIENT IST SAMBIAS DEMOKRATIE?

Eine Bilanz ein Jahr nach dem Regierungswechsel

Fritz Kopsieker
Oktober 2022



Im Zuge einer in mehrfacher Hinsicht beeindruckenden Wahl im August 2021 wurde in Sambia zum dritten Mal seit der Unabhängigkeit ein demokratischer Regierungswechsel vollzogen.



Die neue Regierung unter Präsident Hakainde Hichilema hat umfangreiche Wahlversprechen gemacht, deren Umsetzung ein Jahr später größtenteils noch auf sich warten lässt.



Diese Analyse zeigt, welche Faktoren die Demokratie in Sambia prägen und welche Herausforderungen sich für die weitere Entwicklung ergeben.

Inhalt

1	DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2021	2
2	DAS DEMOKRATISCHE UMFELD	2
3	DIE BILANZ DER NEUEN REGIERUNG NACH EINEM JAHR: <i>IS BALLI FIXING IT?</i>	3
4	DER KAMPF GEGEN DIE KORRUPTION	6
5	DER SOZIOKULTURELLE UNTERBAU: FRIEDEN ÜBER ALLES?	6
6	DIE WEITERE ENTWICKLUNG	7
7	SCHLUSSFOLGERUNGEN	7

1. DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2021

Im August 2021 wurden Präsident Edgar Lungu und seine seit zehn Jahren regierende *Patriotic Front* (PF) mit deutlicher Mehrheit abgewählt. Der neu gewählte Präsident Hakaïnde Hichilema von der *United Party for National Development* (UPND) konnte 59,02 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, Lungu hingegen nur 38,71 Prozent. Verantwortlich für dieses Ergebnis waren im Wesentlichen die hohe Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die von 56 auf rund 70 Prozent gestiegene Wahlbeteiligung, insbesondere von Frauen und jungen Wähler_innen, sowie ein weitgehend reibungslos durchgeführter Urnengang. Diesem Regierungswechsel vorangegangen waren Jahre des demokratischen und wirtschaftlichen Verfalls. Bürgerliche Freiheiten wurden durch die PF-Regierung zunehmend eingeschränkt, unter anderem durch einen Rückgriff auf das noch aus der Kolonialzeit stammende Gesetz zur Inneren Sicherheit sowie durch die selektive Anwendung von Corona-Schutz-Regelungen zum Nachteil der Opposition. Medien und Zivilgesellschaft litten zunehmend unter einem Klima der Bedrohung, auch weil sogenannte Parteikader der PF das Recht oft in die eigene Hand nahmen, Menschen drangsalierten und politisch motivierte Gewalt ausübten. Die Wirtschaft befand sich, vor allem aufgrund einer ungezügelten Kreditaufnahme und verbreiteter Korruption, im freien Fall. Mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2021 wurde in Sambia in bemerkenswerter Weise nach 1991 und 2011 zum dritten Mal seit der Unabhängigkeit ein friedlicher und demokratischer Regierungswechsel vollzogen.

Der sambischen Wahlkommission wurde bei der Durchführung der letzten Wahlen eine gute Arbeit bescheinigt. Nachdem es Ende 2020 noch eine größere Kontroverse um die Aufstellung eines völlig neuen Wähler_innen-Verzeichnisses und die kurze Frist zur Registrierung gegeben hatte, verliefen die Wahlen im August 2021 weitgehend geordnet und friedlich. Die Wahlkommission konnte sich, vor allem durch die Unterstützung der Sicherheitskräfte, in ihrer neutralen Funktion behaupten. Informell wird berichtet, dass sich das sambische Militär selbst zur Wahrung der nationalen Sicherheit ins Spiel gebracht hatte und vom damaligen Präsidenten Lungu vor der Wahl entsprechend beauftragt wurde. Gleichzeitig soll die Armeeführung klargemacht haben, dass sie für die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung einzutreten gedenke.

Eine wichtige Rolle beim friedlichen demokratischen Machtwechsel scheint ein Gespräch gespielt zu haben, welches kurz nach den Wahlen Sambias ehemaliger Präsident Rupiah Banda und der Leiter der Wahlbeobachtermission des Commonwealth, der ehemalige tansanische Präsident Jakaya Kikwete, sowie der ehemalige Präsident Sierra Leones Ernest Bai Koroma mit dem abgewählten Präsidenten Lungu geführt hatten. Nach inoffiziellen Berichten gelang es den ehemaligen Präsidenten, Lungu in einem vertraulichen Austausch davon zu überzeugen, dass ein Aufbegehren gegen das Wahlergebnis besser zu unterbleiben hätte. Banda selbst war 2011 nach seiner Abwahl friedlich abgetreten. Zudem wird informell kolportiert, dass der neue Präsident

Hichilema seinem Vorgänger zugesagt habe, ihn hinsichtlich möglicher korrupter bzw. krimineller Akte während seiner Amtszeit von einer Strafverfolgung zu verschonen. Inwieweit diese Berichte zutreffen und welche Rolle die beschriebenen Vorgänge beim Machtwechsel gespielt haben, lässt sich jedoch nicht verifizieren. Ex-Präsident Lungu hat sich erst nach einigen Monaten zu seiner Ablösung geäußert und offenbart, dass enge Beraterkreise ihm empfohlen hätten, das Wahlergebnis nicht zu akzeptieren, er diese Vorschläge aber abgelehnt hätte. Nach eigenen Angaben begrüßte Lungu den Führungswechsel, weil die Bürger_innen Sambias so den Unterschied zwischen seiner und der neuen Regierung deutlich sehen könnten. Seine Rechnung, angesichts der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Lage durch diese Hinweise eine Welle der Sympathie für sich und die PF auszulösen, ging allerdings nicht auf.

Mit dem dritten Regierungswechsel seit Erlangen der Unabhängigkeit wurde die Demokratie in Sambia weiter gestärkt. Neben den erwähnten Faktoren für den friedlichen Machtwechsel waren im Hintergrund aber wohl auch zwei Fehleinschätzungen relevant: Die seit 2011 regierende PF wählte sich siegessicher. Vor allem aufgrund der über unlautere Mittel erzielten Dominanz im Wahlkampf erschien den Machthabenden eine Niederlage ausgeschlossen. Es kann vermutet werden, dass aufgrund dieser Fehleinschätzung keine entschiedeneren Schritte zur Manipulation der Wahl unternommen wurden. Allerdings gibt es auch Stimmen, die behaupten, eine elektronische Manipulation des Wahlergebnisses zugunsten der PF sei geplant gewesen und konnte nur durch den zeitweiligen und nicht vollständig aufgeklärten Ausfall des Internets am Wahltag nicht ausgeführt werden. Die gleichen Stimmen behaupten auch, dass dieser Ausfall von außerhalb des Landes verursacht worden sei. Diese Einschätzung lässt sich jedoch nicht überprüfen, zumal andere Stimmen die abgewählte Regierung für die Störung verantwortlich machen. Die zweite Fehleinschätzung lag augenscheinlich aufseiten der Opposition vor: Hakaïnde Hichilema und die UPND hatten nicht wirklich an einen Wahlerfolg geglaubt. Andernfalls wären einige Wahlversprechen wohl bescheidener ausgefallen und die Regierungsbildung wäre aufgrund besserer Vorbereitung zügiger und mit schnelleren Ergebnissen erfolgt. Das Vertrauen in die neue Führung wäre zusätzlich gestärkt worden.

2. DAS DEMOKRATISCHE UMFELD

Die erfolgreichen Wahlen 2021 und die daraus resultierende Stärkung der Demokratie in Sambia sind eingebettet in ein politisches und gesellschaftliches Umfeld. Die politischen Parteien (an der Wahl hatten sich 16 Parteien beteiligt) lassen sich zumeist nicht in einem ideologischen Spektrum verorten, was zu einer Abwesenheit übergeordneter strategischer Orientierung und zu programmatischer Willkür beiträgt. Zahlreiche bekannte Spitzenpolitiker – es handelt sich hier vor allem um Männer – wechselten aus Karriere streben bereits wiederholt ihre Parteizugehörigkeit, um ihre persönliche politische Relevanz je nach vermeintlicher Machtopption zu erhalten. Feste inhaltliche Positionen und Grundüberzeugungen sind

hingegen kaum anzutreffen oder spielen nur eine oberflächliche Rolle. So ist der politische Diskurs oft auf provokante Äußerungen und Nebensächlichkeiten fokussiert, was in der Berichterstattung durch die Medien dankbar aufgegriffen wird.

Eine nicht eindeutig einzuordnende Ausnahme bildet die *Socialist Party* des Medienunternehmers Fred M'membe. Parteiprogrammatik sowie Rhetorik und Auftreten des Vorsitzenden (Mao-Mütze) lassen auf politische Positionen schließen, die dem Parteinamen gerecht werden. Zudem hatte die Partei im Vorfeld der letzten Wahlen auffällig viele junge und inhaltlich versierte Kandidat_innen in den Wahlkreisen aufgestellt. Doch auch M'membe hat bei genauerem Hinsehen vor allem die eigene Karriere im Blick und dafür die sozialistische Ideologie als politische Marktnische in Sambia entdeckt. So wird M'membe als Eigentümer eines großen Verlagshauses vorgeworfen, gewerkschaftsfeindlich und stets auf den persönlichen wirtschaftlichen Vorteil bedacht zu agieren. Darüber hinaus fungiert die *Socialist Party* nach dem jüngsten Regierungswechsel und dem Niedergang der PF als Auffangbecken für Oppositionspolitiker_innen. Viele dieser Neuzugänge sind sicher keine Anhänger_innen des Sozialismus, sondern versprechen sich vielmehr einen Aufstieg, sobald die regierende UPND ihren Kredit bei den Wähler_innen verspielt hat.

Weder eine ausgeprägte parteiinterne Demokratie noch eine Beitrag zahlende Mitgliederbasis gehören zur politischen Kultur Sambias. Mittel für Wahlkämpfe werden zumeist von sogenannten »well wishers« eingesammelt, private Spender_innen, die vermutlich mehr als ideelle Interessen an einen Wahlsieg der von ihnen geförderten Partei knüpfen. Hinzu kommen die Privatvermögen der Kandidat_innen. Besonders der neu gewählte Präsident Hichilema gilt als erfolgreicher Geschäftsmann. Nur vor diesem Hintergrund wird es ihm möglich gewesen sein, Jahrzehnte in der Opposition zu verbringen und insgesamt sechs Mal zu Wahlen anzutreten.

Im nationalen Parlament Sambias – mit derzeit 92 Abgeordneten der UPND, 57 der Opposition und 13 unabhängigen – herrschten bisher stets stabile Mehrheiten, jedoch unterhalb der Zweidrittelmarge, die für eine Verfassungsänderung benötigt würde. Zumeist wird anspruchsvoll und teils leidenschaftlich debattiert, ohne dass das Hohe Haus jedoch einen signifikanten Gegenpol zur Exekutive bilden würde. Im Finanzkontrollausschuss (*Public Accounts Committee*) wird das Ausgabengebaren der Regierung und staatlicher Institutionen größtenteils gewissenhaft und zeitnah durchleuchtet und verantwortliche Entscheidungsträger_innen werden vorgeladen und befragt. Das Ergebnis ist dann ein Bericht dieses Ausschusses an den Präsidenten, der oftmals ohne signifikante Konsequenzen bleibt.

Sambias Zivilgesellschaft ist vielfältig, zahlreiche Organisationen sind gut etabliert. Während sich vor allem die bekannten und international vernetzten NGOs immer wieder für eine Stärkung der Demokratie einsetzen und das Regierungshandeln kompetent kritisieren, bleibt unklar, inwieweit ihre Positionen in der breiteren Gesellschaft auf Resonanz treffen. Während es vermutlich zumeist breite Zu-

stimmung gibt, fehlt es jedoch an aktivistischen Impulsen, um der Kritik größere Wirkung zu verschaffen. Auch in Sambia sind einflussreiche NGOs ein Elitenphänomen, und einigen ihrer Mitglieder wird vorgeworfen, das Auge auf lukrative Posten im Staatsapparat zu werfen. Zudem führt die Abhängigkeit von Finanzierung aus dem Ausland bei einigen Organisationen zu institutioneller Instabilität und zum Vorwurf, von westlichen Interessen gesteuert zu sein. Die großen christlichen Kirchen treten in Sambia dezidiert politisch auf. Besonders Vertreter_innen des Dachverbands *Council of Churches in Zambia* (CCZ) setzen sich immer wieder mit öffentlichen Stellungnahmen für Demokratie und soziale Gerechtigkeit ein.

Die Gewerkschaftsbewegung spielte in Sambia historisch durchgehend eine wichtige Rolle im nationalen Diskurs. Mit Frederick Chiluba wurde 1991 ein Gewerkschaftsführer zum zweiten Präsidenten der Republik gewählt. Er löste den Gründungspräsidenten und »Vater der Unabhängigkeit«, Kenneth Kaunda (Amtszeit 1964–1991), ab. Kaunda hatte zuvor seine 1973 eingeführte Ein-Parteien-Herrschaft aufgegeben und sich freien Wahlen gestellt. Doch besonders die 2021 abgewählte PF-Regierung hatte in ihrer letzten Regierungsphase systematisch versucht, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten und den regierungskritisch auftretenden Generalsekretär des größten Dachverbands *Zambia Congress of Trade Unions* (ZCTU) mit rund 450.000 Mitgliedern politisch mundtot zu machen. Aufgrund mangelnder interner Demokratie in vielen der mittlerweile 58 Mitglieds-gewerkschaften sowie opportunistischen Tendenzen innerhalb des ZCTU selbst war diese Strategie der PF-Regierung weitgehend von Erfolg gekrönt. So entstanden zahlreiche neue Gewerkschaften, bei denen es sich zumeist um Abspaltungen von bestehenden Organisationen oder um sogenannte »gelbe Gewerkschaften« handelt. Die Führungsspitze des ZCTU war vor den Wahlen im August 2021 politisch weitgehend lahmgelegt.

Die Medienlandschaft Sambias ist nur bedingt geeignet, einen substanziellen gesellschaftlichen Diskurs zu unterstützen. Der weitgehend gleichgeschalteten und dadurch als Sprachrohr der Regierung auftretenden *Zambia National Broadcasting Corporation* (ZNBC) stehen zahlreiche private Sender gegenüber, die vor allem aus kommerziellen Interessen betrieben werden. Nicht viel anders sieht es bei den Printmedien aus. Hinzu kommt, dass ein starkes Gehaltsgefälle zwischen staatlich betriebenen und privaten Medienhäusern besteht. Die schlechte Bezahlung von Journalist_innen im Privatsektor sorgt für eine hohe Fluktuation und Anfälligkeit der Pressevertreter_innen, gegen Bezahlung gefällige Beiträge zu produzieren.

3. DIE BILANZ DER NEUEN REGIERUNG NACH EINEM JAHR: IS BALLI FIXING IT?

Die seit September 2021 amtierende Regierung unter Präsident Hakainde Hichilema war als Koalition zwischen der UPND und kleineren Gruppierungen mit einer Vielzahl großer Versprechen zur Wahl angetreten. Unter Verwendung

des populären Spitznamens des neuen Präsidenten war »*Balli will fix it*« zum weit verbreiteten Wahlkampfslogan geworden. Zentrale Themen waren dabei die Wiederbelebung der Wirtschaft, nebst Lösung der Verschuldungsproblematik, die Bekämpfung der Korruption und die Abschaffung des Systems gewaltbereiter Parteikader.

Zunächst entstand der Eindruck, dass Hichilema und seine Koalition unter Führung der UPND von ihrem Wahlerfolg und dem relativ zügigen Abtreten Präsident Lungus überrascht wurden, sodass sich die Ernennung der neuen Regierungsmannschaft über mehrere Monate hinzog. In der Anfangsphase wurde zudem deutlich, dass die Entscheidungswege innerhalb der Koalition nicht eindeutig geregelt waren und Präsident Hichilema mit zahlreichen Begehrlichkeiten seiner Koalitionspartner bezüglich der Postenvergabe konfrontiert war. So bedurfte es einiger Zeit und interner Abstimmungsprozesse, bis die UPND ihre dominante Stellung behaupten und Hichilema sein Amt ohne Querschüsse seiner Koalitionäre ausüben konnte. Im Zuge der Übernahme der Regierungsgeschäfte wurde schnell deutlich, dass das neue Team häufig nicht über ausreichend Erfahrung im Umgang mit dem Regierungsapparat verfügte. Mehrere Minister_innen und Staatssekretär_innen waren aus der Privatwirtschaft oder dem Parteiapparat rekrutiert worden und hatten keine Erfahrung im Umgang mit der öffentlichen Verwaltung. Hinzu kam, dass zahlreiche Ministerien als Resultat der zehnjährigen PF-Herrschaft augenscheinlich mit Sympathisant_innen der abgewählten Regierung durchsetzt waren, die zunächst bemüht zu sein schienen, die neue Regierung auf administrativer Ebene scheitern zu lassen. Die zügige Umsetzung von Reformvorhaben war daher mit zahlreichen Hindernissen versehen.

Erste merkliche Erfolge erzielte die UPND-Regierung mit der Bekämpfung der illegalen Praktiken von Parteikadern. PF-Anhänger_innen hatten zuvor jahrelang vor allem die Betreiber_innen von Sammeltaxis und Marktständen ausgepresst und so zahlreiche Bürger_innen verärgert und den Kommunen wichtige Einnahmen weggenommen. Das Problem ging so weit, dass selbst Polizist_innen der Willkür der Parteikader ausgesetzt waren. Präsident Hichilema machte sich dieses Problem persönlich zu eigen, sorgte für eine entschiedene Bekämpfung und verhinderte, dass seine eigene Parteigefolgschaft, wie wohl vielfach angestrebt, in die Fußstapfen der PF-Leute trat. Ein weiterer Erfolg wurde durch die Einführung der gebührenfreien Sekundarschulbildung mit dem Inkrafttreten des Haushalts 2022 erreicht. Zwar fehlt es in den Schulen weiterhin häufig an physischer Infrastruktur, doch gilt die Abschaffung von Gebühren und die Einstellung von mehr als 30.000 neuen Lehrkräften als wichtiger Meilenstein bei der Bekämpfung von Benachteiligung und der hohen Armutsrate von 59 Prozent. Hinzu kommt die Rekrutierung von mehr als 11.000 Pflegekräften. Allerdings wird durch diese Schritte die unrealistische Erwartung genährt, dass der Staat das allgemeine Beschäftigungsproblem des Landes durch Einstellungen lösen könnte. Positiv wurde auch die massive Aufstockung der Finanzmittel für die lokale Ebene aufgenommen: Der *Constituency Development Fund* wurde von ca. 97.000 Euro auf ca. 1,5 Mio. Euro

pro Jahr aufgestockt. Mit diesem Schritt ist eine stärkere Dezentralisierung von Entwicklungsanstrengungen intendiert. Die staatlichen Ressourcen sollen näher an die Menschen herangebracht werden. Problematisch scheint hier allerdings die aufgrund überforderter Institutionen häufig noch nicht gegebene Absorptionsfähigkeit auf lokaler Ebene zu sein, die zu Sorgen bezüglich parteipolitischer Einflussnahme auf die Verwendung der Mittel und der Ausbreitung von Korruption führt.

Hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit scheint der Regierungswechsel eher Rückschritte gebracht zu haben. Vor dem Hintergrund einer großen Ungleichheit der Geschlechter im Land sind die gesunkene Frauenquote im Kabinett und die Abschaffung des Gender-Ministeriums besonders kritisch anzumerken. Es wirkt ein wenig zynisch, dass Hichilema noch kurz nach Amtsantritt verkündet hatte, er hätte die Anliegen von Frauen »*under my armpit*«, also nahe an seinem Herzen. Auch Hichilemas ablehnende Haltung gegenüber Homosexualität zeigt bereits zu Amtsbeginn, dass die politische Öffnung nicht allen gilt. Hinzu kommt die nur schwache und zurückgegangene Repräsentanz von Frauen im Parlament. Der Rückgang des Frauenanteils unter den Abgeordneten von 16,6 Prozent (2016) auf 12,8 Prozent verdeutlicht den schweren Stand, den Frauen in der Gesellschaft sowie insbesondere innerhalb politischer Parteien weiterhin haben, sofern sie sich für höhere Ämter interessieren bzw. bewerben. Vor diesem Hintergrund muss die fehlende Initiative der politischen Führung deutlich kritisiert werden.

Die wirtschaftliche Lage stellt eine große Herausforderung für die neue Regierung dar. Eine weit verbreitete Misswirtschaft des vorangegangenen Regimes, welche an das aus Südafrika bekannte *State Capture* erinnert, eine völlig aus dem Ruder gelaufene internationale Verschuldung, welche schwierige Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und den Kreditgebern – insbesondere China und privaten Gläubigern – erfordert, sowie die Auswirkungen der Corona-Pandemie und schließlich des Ukraine-Kriegs bilden hier den Kontext. Die von der Vorgängerregierung herbeigeführte schwierige Lage von zwei der größten Kupferminen des Landes beeinträchtigt zudem die Devisen- und Steuereinnahmen und bedroht zahlreiche Arbeitsplätze. Hichilema hat hier unter anderem mit zügigen und erfolgreichen Verhandlungen mit dem IWF und der Gruppe der internationalen Gläubiger, einer Reform der Steuergesetzgebung im Bergbausektor sowie einer internationalen Werbekampagne um ausländische Direktinvestitionen gegengesteuert.

Nachdem die internationalen Gläubiger des Landes ihre Bereitschaft zu einer Umschuldung signalisiert hatten, genehmigte Ende August auch der IWF das beantragte Hilfspaket, welches ein Darlehen von 1,3 Mrd. Dollar mit einer Auszahlung über drei Jahre beinhaltet. Die Auflagen des IWF wurden nur sukzessive bekannt und betreffen vor allem die Abschaffung von Subventionen für Kraftstoffe und Dünger. Zudem sollen die Strompreise marktgerecht gestaltet werden, also steigen. Die Einstellung zehntausender

neuer Lehr- und Pflegekräfte wurde allerdings nicht unterbunden. Erste Schritte zum Subventionsabbau hatte die Regierung bereits Anfang 2022 vollzogen und damit den Rückgang der hohen Inflation (22 Prozent)¹ verlangsamt, die allerdings bis Mitte 2022 sukzessive auf einen einstelligen Wert gesenkt werden konnte. Nun wird erwartet, dass der IWF-Kredit eine Ausschüttung weiterer Liquidität in die sambische Wirtschaft begünstigt und das Wachstum weiter ankurbelt. Allerdings steht eine Einigung mit den ausländischen Gläubigern des Landes zur Schuldenreduktion bzw. Umschuldung noch aus. Die Schaffung des neuen *Ministry for Green Economy and Environment* weist in die richtige Richtung, auch wenn hier bisher noch entscheidende Akzente fehlen.

Während sich die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren scheint und der IWF für 2022 eine Wachstumsrate von 3,1 Prozent prognostiziert,² der Wert der Landeswährung auf bemerkenswert hohem Niveau verharrt und die Inflationsrate laut der *Bank of Zambia* im Juli 2022 auf 9,8 Prozent zurückgegangen ist,³ wurde Sambia aufgrund der Einkommensentwicklung der vergangenen Jahre dennoch mit Wirkung ab 2023 von der Weltbank vom Status eines *Lower Middle Income Country* zum *Low Income Country* zurückgestuft.⁴ Mit einem Gini-Koeffizienten von 57,1⁵ bleibt die Einkommensverteilung in Sambia zudem extrem ungleich.

Angesichts der Verhandlungen mit dem IWF beschuldigte die oppositionelle PF den Präsidenten wiederholt, das Land ausländischen (westlichen) Interessen auszuliefern. Auch die Zustimmung Anfang März 2022 zur UN-Resolution, welche den russischen Angriff auf die Ukraine verurteilte, wurde kritisiert. Insgesamt scheint die UPND-Regierung einen westlich orientierten, wirtschaftsliberalen Kurs zu fahren, dabei aber weiter gute Beziehungen zu China zu pflegen.

Hinsichtlich angekündigter Gesetzesreformen ist die UPND-Regierung bisher deutlich hinter ihren Versprechungen und den Erwartungen zurückgeblieben. So wurde weder das Strafgesetz um den Tatbestand der Präsidentenbeleidigung bereinigt, noch wurde das von der Vorgängerregierung unter kontroversen Umständen verabschiedete Gesetz zur Cybersecurity zurückgenommen. Das sich seit zwanzig Jahren in Vorbereitung befindliche Informationsfreiheitsgesetz wurde bisher, trotz anderslautender Wahlversprechen, nicht entschieden aufgegriffen und die An-

zeichen verdichten sich, dass auch die neue Regierung hier nicht zum Handeln bereit ist. Auch der über Jahrzehnte von Oppositionsparteien wegen seiner repressiven Inhalte kritisierte und vom Verfassungsgericht bereits teilweise als verfassungswidrig eingestufte *Public Order Act* (POA) wurde bisher nicht reformiert. Allerdings hat das Justizministerium begonnen, Vorschläge für eine Reform des Gesetzes entgegenzunehmen. Lediglich die Anwendung kontroverser Gesetze und das Fehlverhalten der Polizei gingen unter der UPND-Regierung merklich zurück. Hinzu kommt Hichilemas Ankündigung, die Todesstrafe abschaffen zu wollen.

Die überfälligen Reformen von Gesetzen könnten von der neuen Regierung mit einfacher Mehrheit durch das Parlament gebracht werden. Auch eine Verfassungsreform wurde vor den Wahlen angekündigt, an der das Justizministerium mittlerweile in Form eines entsprechenden Prozessentwurfs arbeitet, was Zeit erfordert, damit das Vorhaben nicht, wie wiederholt in der Vergangenheit, scheitert. In der Öffentlichkeit wird jedoch immer öfter die Frage gestellt, warum bei den Gesetzesreformen besonders die *low hanging fruits* nicht zügiger von der Regierung »geerntet« werden. Nur gesetzlich verankerte Reformen und nicht etwa eine ggf. nur vorübergehende Toleranz der Regierung gegenüber Kritik stellen einen konkreten Fortschritt dar.⁶

Die neue Regierung hat mit großen Herausforderungen hinsichtlich ihrer öffentlichen Kommunikation zu kämpfen. Häufig ist nicht klar, wer für das neue Team spricht: der Sprecher des Präsidialamts, die Informationsministerin, der Sprecher oder der Generalsekretär der Regierungspartei UPND oder einzelne Minister_innen und Staatssekretär_innen. Dies ist auch ein Zeichen dafür, dass es der neuen Führung an Erfahrung und Vorbereitung fehlt. Die Pressekonferenzen, die Präsident Hichilema gelegentlich persönlich abhält, sind eine willkommene Entlastung der Regierung von öffentlichem Druck, können aber nur vorübergehend Wirkung entfalten. Gleichzeitig scheint die neue Regierung häufig noch im Oppositionsmodus zu verharren. Zahlreiche, zumeist rein opportunistische Vorhaltungen der oppositionellen PF werden bereitwillig aufgegriffen und mit Rechtfertigungen erwidert. So entsteht ein eher unwürdiger verbaler Schlagabtausch über Nichtigkeiten, während eine substanzielle politische Debatte kaum stattfindet. Dieses Verhalten der Regierung wirkt wenig souverän und erodiert tendenziell das Vertrauen in die Führung, das Richtige zu tun und Kurs zu halten. Obwohl die Belastung der Bürger_innen durch die Kürzung von Subventionen für Kraftstoffe und Dünger sowie die allgemeine Inflation weiterhin signifikant ist, scheint es der Regierung dennoch zu gelingen, erfolgreich für den Erhalt des durch die Wahl gewährten Vertrauens und für Geduld mit den eingeleiteten Reformen zu werben. Allerdings mehren sich die Stimmen, die öffentlich schnellere Erfolge und spürbare Entlastungen der Bürger_innen einfordern.

1 Vgl. Weltbank (2021), <https://data.worldbank.org/indicator/FP.CPI.TOTL.ZG?locations=ZM> (Zugriff 25.09.2022)

2 Vgl. IWF (2022): Country Data Zambia, <https://www.imf.org/en/Countries/ZMB> (Zugriff 25.09.2022)

3 Vgl. Trading Economics (2022): Zambia Inflation Rate, <https://tradingeconomics.com/zambia/inflation-cpi> (Zugriff 25.09.2022)

4 Vgl. Lusaka Times (2022): »World Bank has re-classified Zambia to low income status from lower middle income« in: *Lusaka Times*, 9.7.2022, <https://www.lusakatimes.com/2022/07/09/world-bank-has-re-classified-zambia-to-low-income-status-from-lower-middle-income/> (Zugriff 25.09.2022)

5 Letzter Weltbank-Wert aus dem Jahr 2015, vgl. Weltbank (2022): Gini Index, <https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI> (Zugriff 25.09.2022)

6 Eine insgesamt kritische Stellungnahme findet sich hier: Sishuwa Sishuwa (2022): »Zambia's democracy is still under attack«, in: *African Arguments*, 22.3.2022, <https://africanarguments.org/2022/03/zambia-democracy-is-still-under-attack/> (Zugriff 25.09.2022)

4. DER KAMPF GEGEN DIE KORRUPTION

Der effektive Kampf gegen die Korruption war ein zentrales Wahlversprechen von Präsident Hichilema und seiner UPND und neben der Geschlechtergerechtigkeit der zweite Bereich, den der neue Präsident »under my armpit« nehmen wollte. Dabei sollten vor allem Vergehen von Mitgliedern der Regierung und Verwaltung im Zentrum stehen. Schon kurz nach Amtsantritt der neuen Regierung beeilten sich die einschlägigen Institutionen des Landes, die Antikorruptionsbehörde sowie die Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und organisierter Kriminalität, Vorladungen und Verhaftungen von Angehörigen der abgewählten Regierung und der PF vorzunehmen. Allerdings waren diese Aktionen häufig wohl eher als Tätigkeitsnachweis bzw. Loyalitätsbekundung dieser Institutionen intendiert, weil sie unter der abgewählten PF-Regierung praktisch versagt hatten. Infolgedessen schienen die Behörden dann oft vorschnell zu agieren, ohne zuvor ausreichend ermittelt zu haben, sodass es bisher nur zu einer einzigen Verurteilung einer höhergestellten Persönlichkeit des alten Regimes gekommen ist.

Präsident Hichilema hat indes ein neues Gericht für Finanz- und Wirtschaftskriminalität ins Leben gerufen, um der großen Zahl anhängiger Fälle beizukommen. Während dieser Schritt allgemein als sinnvoll erachtet und begrüßt wird, fehlt es aber an wichtigen Ressourcen wie Personal und Infrastruktur. Im Justizsystem des Landes scheint es außerdem ein strukturelles Defizit zu geben. Die Leitung der Generalstaatsanwaltschaft, des *Department of the Public Prosecutor* (DPP), wird vom Präsidenten ernannt und genießt *Security of Tenure*, kann also nur im Zuge eines aufwendigen Verfahrens aus dem Amt entfernt werden. Die in Sambia amtierende Chefin der Staatsanwaltschaft wurde vom ehemaligen Präsidenten Lungu ernannt. Ihr wird vorgeworfen, Ermittlungen der Antikorruptionsbehörde sowie anderer Strafverfolgungsbehörden gegen zentrale Figuren der alten Regierung aus Loyalität gegenüber Ex-Präsident Lungu torpediert zu haben. Allerdings ist fraglich, ob ein vereinfachter Austausch der Spitze der Generalstaatsanwaltschaft das Problem im Sinne einer politisch neutralen Strafverfolgung lösen würde.

In der Summe ist kein übergreifender konzeptioneller bzw. strategischer Ansatz in der Korruptionsbekämpfung zu erkennen.⁷ In der Öffentlichkeit wird kritisiert, dass sich die Ermittlungen und Vorladungen, besonders in der Anfangsphase, auf Angehörige des abgewählten Regimes und die Rückerstattung von gestohlenen oder veruntreuten Vermögenswerten im Austausch gegen Straffreiheit zu konzentrieren schienen. Zudem wird auch hinsichtlich der neuen Regierungsmannschaft zunehmend Transparenz eingefordert, vor allem nachdem Präsident Hichilema selbst die Vermutung geäußert hatte, dass Mitglieder seines Teams

von nicht konkret genannten Schattenmächten nun sukzessive das Stehlen und Veruntreuen beigebracht bekommen. Tatsächlich hat es bereits kurz nach der Wahl Auffälligkeiten im Beschaffungsgebaren der neuen Regierung gegeben. Allerdings wurde erst im August 2022, fast ein Jahr nach dem Regierungswechsel, ein Staatssekretär im Gesundheitsministerium entlassen, weil er unter Korruptionsverdacht stand. Auch bei der vorgeschriebenen Offenlegung der Vermögensverhältnisse ließen sich die Abgeordneten und Kabinettsmitglieder der neuen Regierungspartei viel Zeit, sodass es wiederum fast ein Jahr gedauert hat, bis die erforderlichen Angaben gemacht worden sind. Augenscheinlich zweifelhafte Angaben wurden bisher nicht überprüft. Allerdings hat der neu ernannte Direktor der Antikorruptionsbehörde hier eine Intervention angekündigt. Präsident Hichilema nimmt für sich in Anspruch, im Kontext seiner Kandidatur für die Wahlen bereits vorschriftsgemäß alle nötigen Angaben zu seinen Vermögensverhältnissen gemacht zu haben. Die Opposition und Teile der Zivilgesellschaft fordern allerdings eine Aktualisierung, die der Präsident bisher verweigerte.

Bisher bestehen wenig Zweifel daran, dass Präsident Hichilema den Kampf gegen die Korruption ernst meint und sich ihm verpflichtet fühlt. Der so häufig eingeforderte politische Wille ist also bisher im höchsten Staats- und Regierungsamt vorhanden. Allerdings ist fraglich, inwieweit dieses Anliegen von anderen Regierungsmitgliedern geteilt und aktiv mitgetragen wird und wie lange dieser Zustand anhält. Präsident Hichilema hat nach fast einem Jahr im Amt die Spitzen der Antikorruptionsbehörde sowie der zentralen Strafverfolgungsbehörde gegen Geldwäsche und organisierte Kriminalität ausgetauscht. Zügige Erfolge bei Ermittlungen und Gerichtsverfahren, ein Vorgehen gegen Beschuldigte jedweder Parteizugehörigkeit und die Verabschiedung eines Informationsfreiheitsgesetzes wären wichtige Schritte, um dem Kampf gegen Korruption in Sambia Legitimität und Glaubwürdigkeit zu verleihen. Anhand der Erfahrungen mit früheren Regierungswechseln ist allerdings zu befürchten, dass sich der Fortlauf der Zeit nicht günstig auf den Reformwillen der Regierung auswirken wird.

5. DER SOZIOKULTURELLE UNTERBAU: FRIEDEN ÜBER ALLES?

In Debatten über die Resilienz der Demokratie Sambias fällt auf, dass Sambier_innen grundlegenden kulturellen bzw. sozialpsychologischen Aspekten häufig eine wichtige Rolle zuweisen. Ein Jahr nach Amtsantritt wird der neuen Regierung augenscheinlich ein hohes Maß an Geduld und Toleranz entgegengebracht. So ist es durchaus möglich, dass Präsident Hichilema und seine UPND trotz einer etwaigen enttäuschenden Bilanz bei den nächsten Wahlen im Jahr 2026 wieder gewinnen werden. Die Frage ist, ob die traditionelle Haltung des »give him another chance« oder Ablehnung angesichts gebrochener Wahlversprechen überwiegen wird. Sambier_innen bedienen selbst häufig das Narrativ einer eher friedliebenden und sanftmütigen Grundhaltung. Das vom »Vater der Unabhängigkeit«, Kenneth

⁷ Vgl. hierzu: Mwenya Mofya (2022): »UPND doesn't seem to understand the full magnitude of corruption – Lifuka«, in: *News Diggers!*, 29.3.2022, <https://diggers.news/local/2022/03/29/upnd-doesnt-seem-to-understand-full-magnitude-of-corruption-lifuka/> (Zugriff 25.09.2022)

Kaunda, eingeführte nationale Motto »*One Zambia, One Nation*« scheint weitreichend in der Gesellschaft zu verfangen. Allerdings grenzt die erwähnte Geduld des Wahlvolks mit seiner Regierung häufig an Apathie. Das allgemeine Interesse an Politik geht mit zunehmender zeitlicher Distanz zu den Wahlen deutlich zurück. Die Konzentration der Aufmerksamkeit auf den Erwerb des Lebensunterhalts und den unmittelbaren sozialen Kontext hat Tradition.

In Sambia wird offen über gefälschte Wahlen gesprochen. Ehemalige Wahlkommissionen galten nicht als unabhängig. Frühere Regierungen hätten sich angeblich wiederholt irregulär an der Macht gehalten, wobei der schwierige Weg, Wahlergebnisse juristisch anzufechten, sowie die Geduld, Toleranz und Vorliebe für Stabilität unter der Bevölkerung letztlich zur Akzeptanz des Betrugs geführt habe – ein eher problematischer Aspekt einer friedliebenden Kultur.

Als demokratiefördernd sind die gewachsene Landschaft an Institutionen und die vermeintliche Grundhaltung der Bevölkerung anzuführen. Miteinander konkurrierende Parteien, ein gewähltes Parlament, eine agile Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Kirchen sowie freie Medien sind bei allen Defiziten und Rückschlägen feste Bestandteile der sambischen Gesellschaft geworden. Die große Mehrzahl der Sambier_innen schätzt diese Bestandteile. Allerdings zeigt die Erfahrung im Land, dass diese Errungenschaften gefährdet sind und besonders vonseiten der Regierenden während ihrer zweiten Amtszeit unter Druck geraten.

6. DIE WEITERE ENTWICKLUNG

Sowohl die Wahlen im August 2021 als auch die bisher eher durchwachsene Bilanz der Regierung unter Präsident Hichilema haben weitreichende Folgen für die weitere Entwicklung der Demokratie in Sambia. Die sambischen Wähler_innen haben zum dritten Mal erlebt, dass ein demokratischer Wechsel möglich ist und die Macht tatsächlich vom Volk ausgehen kann. Derzeit erfährt die neue Regierung noch weitgehend Geduld und Toleranz angesichts der tagtäglichen wirtschaftlichen Belastung der Bürger_innen. Das Glücksgefühl über den Wechsel, welches vor allem durch ein deutlich geringeres repressives politisches Klima nachwirkt, und die überschaubaren konkreten Verbesserungen sorgen noch für Wohlwollen gegenüber der neuen parlamentarischen Mehrheit und Staatsführung. Es ist aber zu erwarten, dass die schwierige wirtschaftliche Lage, die sich in drastisch gestiegenen Lebenshaltungskosten und einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit⁸ bzw. Unterbeschäftigung äußert, schon bald das Augenmerk auf die Diskrepanz zwischen Wahlversprechen und Erwartungen sowie auf die konkrete Situation ein Jahr nach dem Regierungswechsel lenken wird. Die defizitäre öffentliche Kommunikation der Regierung wird ihren Teil zu dieser Entwicklung beitragen.

Ebenso ist zu erwarten, dass weitere Fälle von Korruption und Amtsmissbrauch auch bei prominenten Mitgliedern der neuen Führung auftreten werden. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch die UPND-Regierung autoritäre Verhaltensweisen entwickeln wird, sobald der Druck auf die Führung zunimmt. Die persönliche Glaubwürdigkeit von Präsident Hichilema, der sich vor allem der Restauration demokratischer Freiheiten und der Bekämpfung der Korruption verpflichtet hat – das vermutlich größte Kapital der neuen Regierung –, stünde dann auf dem Spiel.

In Anbetracht der Erfahrungen mit der letzten PF-Regierung werden sich die Sambier_innen bei einem solchen Verlauf von der neuen Führung abwenden und bei künftigen Wahlen verstärkt der Opposition ihr Wohlwollen schenken. Dabei ist dann eher unwichtig, wie diese Opposition beschaffen ist. Die Alternative mit den größten Erfolgsaussichten wird beim Verlust des Vertrauens in die amtierende Regierung die nächsten Wahlen gewinnen. Ob sie dann auch zur Siegerin erklärt wird, steht auf einem anderen Blatt. Sofern alles rechtmäßig zugeht, ist die erfolgreiche Abwahl einer Regierung, die nicht den eigenen Versprechungen bzw. den Erwartungen der Wähler_innen gerecht wird, in einer Demokratie ein üblicher Vorgang. Infolgedessen würde sich der Blick dann auf die vorhandenen Alternativen richten. Allerdings ist der derzeitigen Opposition angesichts der schwachen Bedeutung, die inhaltliche Positionen und wertebasierte Fundierung bisher innerhalb des politischen Spitzenpersonals in Sambia innehaben, generell nicht viel zuzutrauen. Die weitgehend fluide Parteienlandschaft unterstreicht dieses Bild. Dass eine solide Regierungsarbeit unter guter Führung, mit entsprechender Kommunikation und spürbaren Erfolgen für die Wähler_innen vermutlich zu einer Stabilisierung und langfristigen Verbesserung der Gesamtsituation führen würde, ist eher keine Überraschung. Offen bleiben hingegen Fragen nach der Grenze der Toleranz der Bürger_innen und etwaigen neuen politischen Akteuren, vor allem wenn diese Grenze überschritten wird.

Als zentrale Restriktion bei der Erneuerung der politischen Landschaft und dem Aufbau einer breiteren Schicht von kompetentem Führungspersonal gilt die starke Kommerzialisierung der sambischen Politik. Die Erwartung zahlreicher Wähler_innen nach (Geld-)Geschenken von wahlkämpfenden Kandidat_innen und amtierenden Politiker_innen ist weit verbreitet. Viele Wähler_innen scheinen im Kontext einer Wahl den unmittelbaren materiellen Vorteil einem abstrakten Versprechen für ein besseres Leben in der Zukunft vorzuziehen. Diese »Kultur« bildet eine hohe Hürde, besonders für junge Menschen, sich politisch zu betätigen, und konterkariert den demokratischen Wettstreit von Personen und Ideen.

7. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Bei der Bewertung der Resilienz einer Demokratie ist anhand des Beispiels Sambia zunächst die Bedeutung gut organisierter Wahlen zu nennen. Ein sauber durchgeführter Urnengang mit einer signifikanten Wahlbeteiligung und ei-

⁸ Laut Weltbank 13 Prozent im Jahr 2021, in der Realität, auch mit Blick auf den großen informellen Sektor, sicher höher. Vgl. Weltbank (2022): Unemployment, total – Zambia, <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS?locations=ZM> (Zugriff 25.09.2022)

ner eindeutigen Mehrheit, die eine Manipulation des Ergebnisses erschweren, ist von grundlegender Wichtigkeit. In Sambia wird zudem häufig die demokratieschützende Rolle der Armee betont. Sofern die zentralen Schaltstellen der Wahlkommission vor einer direkten Intervention von Angehörigen der Regierungspartei geschützt werden, steigt die Chance auf ein legitimes Ergebnis signifikant. Die Armee tritt in Sambia nur auf besondere Anforderung zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit zur Unterstützung der Polizei an. Auch wenn dies wohl nicht immer der Fall war, scheint es der Armeeführung leichter zu fallen, sich politischer Vereinnahmung zu entziehen und neutral zu bleiben. Welche Faktoren eine solche Haltung gewährleisten, ist jedoch kaum zuverlässig zu ermitteln. Hinzu kommt bei Wahlen die Notwendigkeit eines effektiven Schutzes vor elektronischer Manipulation. Zudem werden im Fall Sambias die direkte persönliche Einwirkung durch drei ehemalige afrikanische Präsidenten auf den Wahlverlierer und die Zusicherung von Straffreiheit als wichtige Erfolgsfaktoren genannt.⁹

Das Beispiel Sambia legt nahe, dass im Nachgang zu einer Wahl eine zügige Umsetzung von versprochenen Reformen¹⁰, einschließlich eines effektiven Vorgehens gegen Korruption, und eine versierte Informationspolitik, welche die Lage und die Bemühungen der neuen Regierung kompetent vermittelt, eine stabilisierende Wirkung hätten. Im Laufe der Zeit wäre es zudem förderlich für die weitere Entwicklung der Demokratie, wenn sich inhaltlich bzw. ideologisch gefestigte politische Parteien herausbilden würden und die Entwicklung politischen Führungspersonals weniger am Geldvermögen der Kandidat_innen und mehr an ihrer Kompetenz ausgerichtet wäre. Die Stärkung der Unabhängigkeit zentraler Institutionen, z. B. in der Judikative oder bei der Korruptionsbekämpfung, müsste mit einer Reduktion der Machtfülle des Präsidenten korrelieren. Zudem wäre es förderlich, wenn nicht nur politische Parteien, sondern auch zivilgesellschaftliche Organisationen, wie z. B. Frauen-, Antikorruptions- und Menschenrechtsorganisationen, tiefer in die Gesellschaft hineinreichen würden und in ihr noch besser verankert wären. Auf diese Weise könnte eine stabile und dauerhafte Basis für einen demokratischen Diskurs geschaffen werden, die mit der tendenziell geduldischen und toleranten Grundhaltung des Wahlvolks korrespondiert und einen Missbrauch durch die Machthaber_innen verhindert.

Diese Erkenntnisse scheinen nicht neu oder Sambia-spezifisch zu sein. Die resultierenden Handlungsempfehlungen umfassen die gesamte Bandbreite zur Förderung von Demokratie und guter politischer Führung. Ein solcher Prozess erfordert Zeit und verschiedene Komponenten und Akteure müssen ineinandergreifen. Dazu gehört sicher auch eine

Stabilisierung der Wirtschaftslage auf Basis gesünderer öffentlicher Finanzen, um den Staat zu umfassenden und nachhaltigen Reformen zu befähigen. Ein augenscheinliches Defizit an politischem Aktivismus in der Gesellschaft, besonders in größerer zeitlicher Distanz zu Wahlen, sollte nicht über die Grenzen von Geduld und Toleranz der Wähler_innen hinwegtäuschen. In Sambia ist aktuell zu beobachten, dass die neue Regierung eventuell schon zu vergessen droht, dass es die Wähler_innen waren, die ihr zur Macht verholfen haben. So prognostizierte jüngst die stellvertretende Generalsekretärin der UPND, dass die Sambi-er_innen es in Kürze sicher willkommen heißen würden, wenn Präsident Hichilema einen Ein-Parteien-Staat deklarieren würde, schließlich sei er so erfolgreich – eine Aussage, welche die Verdienste der neuen Regierung über- und die Resilienz von Sambias Demokratie sicher unterschätzt.

⁹ Eine umfangreiche Analyse von Hichilemas Wahlerfolg findet sich hier: Sishuwa Sishuwa/Nic Cheeseman (2021): »Ein Sieg im sechsten Anlauf«, in: *welt-sichten*, 28.9.2021, <https://www.welt-sichten.org/artikel/39300/ein-sieg-im-sechsten-anlauf> (Zugriff 25.09.2022)

¹⁰ Vgl. hierzu auch: »High Expectations of HH«, in: *Africa Confidential*, Vol. 62, Nr. 20, 8.10.2021, S. 3.

ÜBER DEN AUTOR

Fritz Kopsieker hat Wirtschaftswissenschaften und Politik studiert und ist seit Mai 2020 Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Sambia. Zuvor hatte er für die FES verschiedene Posten in Afrika, im Südpazifik und in Bonn inne.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland
E-Mail: info@fes.de

Herausgebende Abteilung:
Internationale Zusammenarbeit | Referat Afrika

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:
Henrik Maihack | Leiter des Referats Afrika
Tel.: +49-30-269-35-7440 | Fax: +49-30-269-35-9217
<https://www.fes.de/referat-afrika/>

Bestellungen / Kontakt
Birgit.Sutarna@fes.de

Gestaltung: pertext, Berlin | www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfszwecke verwendet werden.

ISBN 978-3-98628-266-0

© 2022

WIE RESILIENT IST SAMBIAS DEMOKRATIE?

Eine Bilanz ein Jahr nach dem Regierungswechsel



Im Zuge einer in mehrfacher Hinsicht beeindruckenden Wahl im August 2021 wurde in Sambia zum dritten Mal seit der Unabhängigkeit ein demokratischer Regierungswechsel vollzogen – eher eine Seltenheit in Subsahara-Afrika. Diese Analyse zeigt, welche Faktoren die demokratische Entwicklung in Sambia bisher gefördert haben und welche Hindernisse fortbestehen.



Die neue Regierung unter Präsident Hakainde Hichilema hat umfangreiche Wahlversprechen gemacht, deren Umsetzung größtenteils noch auf sich warten lässt. Während die Gesellschaft nach den repressiven Tendenzen der Vorgängerregierung angesichts der wiedergewonnenen Freiheit aufatmet, kommt beispielsweise der Kampf gegen die Korruption nur schleppend voran. Das wirtschaftliche Umfeld sowie insbesondere die staatliche Verschuldung stellen ebenfalls große Herausforderungen dar.



Eine resiliente Demokratie muss von verschiedenen Säulen getragen werden, deren Entstehung Zeit erfordert, teils von Rückschlägen geprägt ist und sich im Wechselspiel mit einem soziokulturellen Unterbau vollzieht. Für den weiteren Erfolg ist neben der erfolgreichen Bekämpfung der Korruption vor allem die Realisierung einer breiteren wirtschaftlichen Teilhabe – und damit die Einlösung zentraler Wahlversprechen – ausschlaggebend.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
<https://www.fes.de/referat-afrika/>